

Kirche und Gesellschaft



Christof Mandry

Die Zukunft der Europäischen Union

Öffentliche Diskurse in Europa

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ thematisiert aktuelle soziale Fragen aus der Perspektive der kirchlichen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

THEMEN DER ZULETZT ERSCHIENENEN HEFTE:

Juni 2017, Nr. 441: Elke Mack

Was hält Europa und den Westen zusammen?

September 2017, Nr. 442: Claus Dierksmeier

Freiheit und Religion

Oktober 2017, Nr. 443: Jonas Klur

Surfen ohne unterzugehen. Ethische Überlegungen zum Internet

VORSCHAU:

Dezember 2017, Nr. 445:

Michael Schramm zum Themenbereich „Wirtschaftsmetaphysik“

Januar 2018, Nr. 446:

Thomas Eggensperger zum Themenbereich „Arbeit und Freizeit“

Februar 2018, Nr. 447:

Eva Welskop-Deffaa zum Themenbereich „Sozialpolitische Herausforderungen in der neuen Legislaturperiode“

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61/8 15 96-0 · Fax 0 21 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2017

© J.P. Bachem Medien GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-3195-9

Die Zukunft der Europäischen Union scheint gegenwärtig unsicherer als lange Zeit für möglich gehalten wurde. Eine „immer engere Union“ kann nicht mehr als der allseits geteilte, unbestrittene Traum dargestellt werden, der angesichts des Scheiterns des Verfassungsvertrags 2005 nur ins Stocken geraten sei. Vielmehr befindet sich das Projekt der europäischen Integration in einer ernsthaften Krise, die sich an gleich mehreren gravierenden Ereignissen festmachen lässt:

- Großbritannien, ein bislang schwieriger, aber zentraler Mitgliedstaat hat den Austritt beantragt;
- in einer Vielzahl an Mitgliedstaaten gibt es relevante Parteien, die ebenfalls die Austrittsoption verfolgen;
- die europäische Schulden- und Finanzkrise hat zu großer Entfremdung zwischen den europäischen Partnern geführt, außerdem ist bislang nicht absehbar, dass sie wirklich nachhaltig behoben wird;
- der massenhafte Zustrom von Flüchtlingen und Migranten hat die Mängel des europäischen Asylsystems ebenso offenbar gemacht wie die strukturelle Unfähigkeit des europäischen politischen Systems, diese Mängel zu beheben.

Die Union steckt in einer Verfassungskrise, denn ihre politische Verfasstheit ist nicht darauf ausgerichtet, echte Interessengegensätze in politisch handhabbare Kanäle zu führen. Vielmehr führen die vielen intergouvernementalen und am Einstimmigkeitsprinzip orientierten Abstimmungsprozesse zur Lähmung. Schlimmer noch, sie statten die Verfechter einer Obstruktionspolitik mit einem strukturellen Vorteil aus, der zudem auf der nationalen Ebene als politisches Kapital eingesetzt werden kann, wie die Erfolge populistischer und anti-europäischer Parteien belegen.

Die Krise der EU ist daher auch das Anzeichen einer fundamentalen politischen Krise der Politik in Europa, denn die Standards einer demokratischen, an rechtsstaatlichen Prinzipien orientierten Politik und der fairen und respektvollen öffentlichen Auseinandersetzungen werden nicht nur von Minderheiten, sondern vielerorts auch von Regierungsparteien und Regierungen in Frage gestellt. Sie können sich dabei offenkundig einer belastbaren Zustimmung in der Wählerschaft sicher sein. Die Zukunft der Europäischen Union ist damit wieder offen: Zwar ist ein Auseinanderbrechen der EU nicht unmittelbar zu befürchten. Aber es steht durchaus im Raum, ob sie sich zu einem vorrangig ökonomischen Kooperationssystem zwischen Nationalstaaten zurückentwickeln wird, ob sie sich in eine Pluralität überlappender Regime mit unterschiedlicher Integrationstiefe („Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“) transformieren oder doch zu einer

weiter und tiefer integrierten Union fortentwickeln soll. Sicherlich gibt es eine Vielzahl drängender Einzelfragen, die politisch und administrativ schlichtweg angegangen werden müssen. Aber grundsätzlich ist die Frage unausweichlich, welche Gesamtgestalt das Projekt Europa weiterhin nehmen soll. Darüber ist ein breiter öffentlicher, sicherlich kontroverser Diskurs notwendig. Es besteht auch Anlass zur Zuversicht, dass er wirklich geführt werden kann und geführt werden wird. Denn viele Europäerinnen und Europäer haben auch angesichts der letzten Krisenjahre das grundsätzliche Vertrauen in Europa nicht verloren, wie die zuletzt wieder steigenden Zustimmungsraten zur EU und zur Rolle, die sie künftig spielen soll, zeigen.¹ Sicherlich bestehen hier erhebliche Spreizungen zwischen den Ländern und innerhalb der jeweiligen Gesellschaften. Aber dies kann in einem demokratischen Gemeinwesen nur als Ausgangspunkt für einen zwar zieloffenen, aber ernsthaften – und das heißt letztlich: konstruktiven – Diskurs über Europa aufgefasst werden.

Gibt es eine europäische Öffentlichkeit?

Doch wie steht es um die Wirklichkeitstauglichkeit der Erwartung, es möge einen europäischen Diskurs über die Zukunft Europas geben? Die vieldiskutierte These vom Demokratiedefizit der EU wird schließlich nicht nur mit dem Fehlen eines europäischen Staatsvolks und Mängeln bei den EU-Institutionen, sondern gerade auch mit dem Nichtvorhandensein einer europäischen Öffentlichkeit begründet. Die Demokratie bedarf zu ihrem Bestehen und Funktionieren einer Öffentlichkeit, die der Politik einerseits kritisch-kontrollierend gegenüber steht, andererseits sie als der Ort der freien Meinungsbildung und Entscheidungsfindung erst ermöglicht. In der EU, so die skeptische Sicht, gibt es eine solche demokratische Öffentlichkeit nicht und ihrem Entstehen stehen erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Unter diesen Schwierigkeiten sind vor allem die Vielfalt der europäischen Sprachen zu nennen, das Fehlen von transnationalen Massenmedien, das Verharren der politischen Bezugshorizonte im nationalen Rahmen, der Mangel an einem europäischer Zugehörigkeitsgefühl sowie die geringe Durchdringung von politikfeldbezogenen Teilöffentlichkeiten.² Als Vergleichspunkt für diese Einschätzungen werden die Öffentlichkeiten in den nationalen Demokratien herangezogen, die sich durch eine in der EU nicht erreichbare sprachliche und kulturelle Homogenität auszeichnen. Infolgedessen, so wäre einzuwenden, wurden alternative Formationen von Öffentlichkeit nicht hinreichend wahrgenommen. Konkret scheint etwa das Sprachenproblem gegenüber strukturellen Faktoren überbewertet und scheinen die Konver-

genzen von parallel funktionierenden Öffentlichkeiten unterschätzt worden zu sein.

Wichtiger ist jedoch die Erkenntnis, dass sich die europäische Öffentlichkeit seit dieser Debatte erheblich weiterentwickelt hat. Das liegt nicht nur an dem enormen Bedeutungszuwachs der neuen Medien, die auf nationale Grenzen weitaus weniger Rücksicht nehmen als etwa die traditionellen Printmedien. Vor allem haben die europäischen Krisen selbst als Katalysatoren auf das weitere Herausbilden einer europäischen Öffentlichkeit eingewirkt. Insbesondere die Euro-Krise hat dazu geführt, dass sich die nationalen Öffentlichkeiten für einander öffnen und es zu Überschneidungen zwischen Öffentlichkeiten kommt. Konkret bedeutet dies, dass zwar keine einheitlichen, gewissermaßen umfassend-europäischen Debatten geführt werden, aber dass die jeweiligen Öffentlichkeiten sich durchaus umfangreich auf die Debatten der anderen beziehen, über diese berichten und Akteure zwischen den Öffentlichkeiten hin und her wechseln.³ Dabei treffen top-down-Strategien (Politikerklärungsversuche europäischer Politiker) auf bottom-up-Strategien (Mobilisierungsaktionen von europäischen Bewegungen wie Kritikern der Austeritätspolitik oder der Euro-Skeptiker). Die nationalen Diskursräume durchdringen sich daher mit einer bislang unbekanntem Dynamik. Dazu steht nicht im Widerspruch, dass zunehmend auch zentrifugale Kräfte in der Debatte nicht nur gegenwärtig sind, sondern dadurch – trotz ihres anti-europäischen Kurses – selbst integrierend und vernetzend zur Etablierung eines europäischen Diskursraumes beitragen.⁴ Die transnationale Öffentlichkeit in Europa wird von den Krisendiskussionen sowohl verdichtet als auch verstetigt. Erkennbar ist außerdem, dass obwohl transnationale Medien gegenwärtig weiterhin nur eine geringe Reichweite haben, diese eine wichtige Transferfunktion zwischen den nationalen Diskursen haben. Außerdem besteht die europäische politische Kommunikation nicht nur in der Öffentlichkeitsarbeit seitens der Politik, die in Medien vermittelt und diskutiert würde; vielmehr ist die Rolle der Zivilgesellschaft und der nationalen Parlamente als Diskursarenen und -akteure wichtig.

Aus diesen Einsichten in die Charakteristiken der europäischen Öffentlichkeit ist der Schluss zu ziehen, dass europäische Politik nicht nur top-down den Bürgerinnen und Bürgern noch besser erklärt werden muss, sondern dass auch nationale Parlamente, Medien und Zivilgesellschaften als bottom-up-Akteure ernstgenommen und einbezogen werden müssen. Zentrale Akteure europäischer Politik haben diese Einsichten vollzogen, wie gleich noch dargelegt wird; wir befinden uns aktuell mitten im „Diskurs über die Zukunft Europas“. Ob dieser Diskurs wirklich politisch tragfähig geführt wird, hängt sicherlich auch davon ab, in welchem Ausmaß wichtige Dis-

kursakteure ein Interesse an einem solchen Diskurs haben oder nicht an seinem Scheitern arbeiten. Da es dem Grundsatz Watzlawicks, einem prominenten Kommunikationswissenschaftler, zufolge „nicht möglich ist, nicht zu kommunizieren“, muss sich auch eine anti-europäische Politik faktisch am Diskurs beteiligen – damit stärkt sie zum einen unwillentlich die transnationale europäische Öffentlichkeit. Zum anderen wird entscheidend sein – und zwar nicht nur für die Zukunft einer demokratischen EU, sondern für die Zukunft der Demokratie in Europa – inwiefern es den anderen Akteuren gelingt, den destruktiven Diskursmanövern von Populisten angemessen zu begegnen und sie letztlich dazu zu bewegen, sich an den Spielregeln des demokratischen Diskurses auszurichten.

Der „Diskurs über die Zukunft Europas“

Es waren vor allem die politischen Vorgänge vor und nach dem britischen Referendum über den Austritt aus der Union, die in der EU zur Bereitschaft geführt haben, einen Diskussionsprozess zur Reform in Gang zu setzen. Die Reform soll zusätzlich auch anderen internen Problemen dadurch begegnen, dass die Verfassungsschwäche der Union behoben wird – entweder durch eine Stärkung der Gemeinschaftsorgane oder durch ihre Anpassung an eine reduzierte Integrationstiefe. Die politische Großlage erkennt die EU-Kommission jedoch in der Aufgabe, die Union und ihre Mitgliedstaaten in der Globalisierung besser aufzustellen, damit sie dem politischen und wirtschaftlichen Transformationsdruck besser gewachsen sind, die Sicherheit und die Freiheit der Bürger gesichert und der europäische Wohlstand erhalten und gleichmäßiger in Europa verteilt werden können. So jedenfalls führt das Weißbuch der EU-Kommission die Überlegungen und Szenarien zur „Zukunft Europas“ ein.⁵

Vor dem Hintergrund dieser Szenarien entwirft die Kommission ein Diskursprogramm, das es bis zur europäischen Wahl im Juni 2019 erlauben soll, die Grundzüge der weiteren Entwicklung der Union im Europäischen Rat zu beschließen. Das Weißbuch fasst dafür nicht nur die wesentlichen Herausforderungen zusammen, die die aktuelle und weiter abschätzbare politische Weltlage für die europäischen Staaten bereithält und die mit den bekannten sicherheitspolitischen, ökonomischen, entwicklungspolitischen, demografischen und umweltbezogenen Aufgabenfeldern skizziert werden. Angesichts dieser epochalen Herausforderungen werden zudem fünf typisierte Entwicklungspfade benannt, die die Union künftig grundsätzlich nehmen kann. Sie reichen vom „Weiter wie bisher – Konzentration auf die Umsetzung der positiven Reformagenda“ über „Rückführung auf den Binnenmarkt“, „Wer mehr will, tut mehr – vertiefte Zusammenarbeit unter

Mitgliedstaaten“, „Weniger, aber effizienter – reduzierte, aber vertiefte Unions-Politikbereiche“ bis hin zu „Viel mehr gemeinsames Handeln – Ausweiten aller Politikfelder“.

Wichtiger als diese Entwicklungstypen – deren Vor- und Nachteile ebenfalls skizziert werden – ist das Eingeständnis, dass die Union nicht nur institutionell reformiert werden muss, sondern sich auch in einer Legitimationskrise befindet. Der Nationalstaat hat in Europa nach wie vor einen Legitimationsvorsprung vor der Union, ihm wird auch ein größerer Abstand zwischen politischen Versprechen und ihrer Realisierung zugestanden – zumal politisches Scheitern leicht auf „Brüssel“ geschoben werden kann.⁶ Aber auch das Vertrauen zu den EU-Organen ist fragil, ebenso wie das Vertrauen zwischen den Völkern der Union teilweise fehlt. Aus dieser Problembeschreibung zieht das Weißbuch den Schluss, dass die Unionspolitik besser erklärt und besser in nationalen und transnationalen Foren vertreten und erörtert werden muss. Europäische Politik muss zudem erklärbar und erzählbar bleiben – ein klarer Hinweis darauf, dass die Unionspolitik schon jetzt als äußerst kompliziert und schwer verständlich erscheint. Je nachdem, welchen Weg die Reform nimmt: Die künftige Unionswirklichkeit muss für die Bürgerinnen und Bürger verständlich und für ihre Partizipation zugänglich sein. Mangelnde Bürgernähe stellt auch nach Ansicht des Weißbuches ein Hindernis für eine weitere Vertiefung der europäischen Integration dar.⁷ Deren Ursache ist nicht nur in einem Kommunikationsproblem zu erkennen, sondern auch auf der Institutionenebene und das heißt: als ein Verfassungsproblem zu lokalisieren. Eine bessere Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Union muss in verbesserten Partizipationsmöglichkeiten verankert werden, die es mehr Menschen ermöglichen, an der konkreten, sie betreffenden Unionspolitik mitzuwirken. Dazu ist es notwendig, dass regionale Maßnahmen wie etwa solche der Infrastrukturförderung die Bürger vor Ort hinsichtlich ihrer Umsetzung einbeziehen. Damit „Europa“ nicht als ferner, intransparenter politisch-administrativer Komplex erlebt wird, müssen solche Entscheidungen auch auf die regionale oder lokale Ebene verlagert werden, wo solche Bürgerpartizipation für viele nur möglich ist. Freilich bedarf es dazu nicht nur einer Anpassung der Unionspolitik, sondern auch der Neujustierung von Unions- und Mitgliedstaatszuständigkeiten. Denn momentan liegt die Zuständigkeit hierfür in der Hand der Mitgliedstaaten und ihrer Administration. Ein „Europa der Regionen“ böte auch die Chance, die europäische Dimension der Regionalentwicklung, die viele Menschen direkt betrifft, als vor Ort gelebte Demokratie zu entwickeln.

Was das Weißbuch nicht explizit anspricht: Die Legitimation der Union muss – jedenfalls wenn vertiefende Szenarien beschrrieben werden – weiter demokratisiert werden. Die Demokratisierung der Union und das demokratisch-legitime Aустarieren zwischen Mitgliedstaaten und Union ist sicherlich ein Reizthema im gegenwärtigen Europa. Es bleibt aber eine unumgängliche und ebenfalls nur im europäischen Diskurs zu bearbeitende Grundproblematik. Vor dieser Grundfrage – die aktuell einen politischen und ideologischen Hauptstreitpunkt darstellt – schrecken das Weißbuch und seine diskursive Roadmap jedoch offenbar zurück; sie werden jedenfalls nicht explizit aufgegriffen.

Emmanuel Macrons „Initiative für Europa“

Der vor allem von Kommissionspräsident Juncker repräsentierte Reformprozess zielt genau auf einen europäischen Diskurs, der sowohl die Bürger als auch die nationalen Ebenen mit ihren Parlamenten, Parteien und der Zivilgesellschaft einbezieht. Freilich kann die Kommission diesen Diskurs anfeuern, sie wird ihn aber nicht steuern können. Denn dieser Diskurs ist bereits im Gang – wenn er bislang auch häufig von den schrillen Tönen der Populisten und Europaskeptikern dominiert wurde. Auf der anderen Seite ist es neben der Kommission und ihrem Präsidenten vor allem der französische Präsident Macron, der dem Diskurs eine integrationsfreundliche Dynamik verleiht und für Diskussionsstoff sorgt. Vermutlich auch in Sorge, dass ein möglicherweise schmales „window of opportunity“ genutzt werden muss, treibt er den Diskurs voran. So gibt er seit seiner programmatischen europapolitischen Rede an der Sorbonne nicht nur Juncker, sondern vielen anderen europäischen Politikern die Stichworte vor. An der Sorbonne sprach er sich am 26. September 2017 unter dem Titel „Initiative pour l’Europe: Une Europe souveraine, unie, démocratique“ nicht nur für eine Reihe weitreichender institutioneller Reformen aus.⁸ Er hat mit den Stichworten „Souveränität, Einheit, Demokratie“ auch die Legitimationsproblematik adressiert.

Unter Macrons finanzpolitischen Reformvorschlägen stieß besonders die Idee eines eigenen Budgets für die Staaten der Euro-Zone mit einem Eurofinanzminister und einem eigenen Parlament der Eurozone auf Interesse, aber auch sofort auf Widerstand. Tatsächlich geht es dabei um einen grundlegenden Webfehler der Währungsunion: Eine einheitliche Währung ergibt eigentlich nur Sinn, wenn sie mit einer einheitlichen Finanz- und einer konsistenten Haushaltspolitik verbunden wird. Vor allem (aber nicht nur) von deutscher Seite wird dies als Schritt in die „Transferunion“ beargwöhnt, da unterschiedliche Vorstellungen von Haushaltsdisziplin kompromisshaft

hingenommen und letztlich aus dem gemeinsamen Haushalt abgesichert werden müssten. Eine fiskalische und soziale Konvergenz, wie Macron sie vorschlägt, führt letztlich zur – wünschenswerten – Angleichung der Lebensverhältnisse in der Eurozone, aber verbunden mit Mechanismen, die dem innerdeutschen Länderfinanzausgleich vergleichbar wären. Das dafür notwendige Vertrauen unter den Mitgliedstaaten, dabei nicht ausgenutzt zu werden, müsste gegenwärtig wohl erst noch (oder wieder) aufgebaut werden. Wie die Währungsunion auf eine erneuerte und belastbare Basis gestellt werden kann und welche politischen Institutionen dafür reformiert oder neu geschaffen werden müssen, kann nur im fachlichen und im öffentlichen Diskurs durchgespielt werden.

Nicht nur Macron, sondern auch andere Akteure sehen den Weg eines „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ als zielführend an, gerade auch angesichts der Schwierigkeiten, alle Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Lösung zu verpflichten. Unterschiedliche Integrationstiefen von wechselnden Mitgliedstaaten und in unterschiedlichen Politikbereichen könnten tatsächlich – vielleicht auch nur als Durchgangslösung zu einem gemeinsamen Regime für die ganze Union – erreichbar sein. Allerdings ist zu bedenken, dass mit der Vielfalt an spezifischen Kooperations- und Integrationsbereichen auch die Komplexität und die Koordinationserfordernisse anwachsen. Die Unionspolitik ist schon jetzt selbst für Fachleute kaum verständlich – wie sollte sie dann künftig den Bürgerinnen und Bürgern erklärt werden können? Die Akzeptanz und Legitimitätsfrage und die Institutionenfrage verhalten sich nicht neutral zueinander, sondern stehen in Wechselwirkung: Ohne ein überzeugendes und nachvollziehbares Narrativ wird es kaum möglich sein, die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu institutionellen Lösungen zu finden, so sachgerecht und unumgänglich komplex sie dann auch sein mögen.

Macrons Reforminitiative spricht die Legitimationsebene jedenfalls offen an und entwirft eine Vision: ein souveränes, einiges, demokratisches Europa. Denn jenseits der konkreten Vorschläge – wie etwa die Währungspolitik auf eine erneuerte Basis zu stellen ist – bedeutet Macrons Idee der Verlagerung der Haushalts- und Steuerkompetenz auf die europäische Ebene vor allem auch einen erheblichen Souveränitätstransfer – daher konsequenter Weise der Vorschlag eines eigenen Euro-Parlaments. Tatsächlich impliziert seine Initiative eine Neuausrichtung des Souveränitätsgedankens, insofern er sich für die Verlagerung der Souveränität vom Mitgliedstaat auf die Union ausspricht. Der in der aktuellen Situation strittigste Punkt wird damit ausdrücklich gemacht: das Verhältnis von Nationalstaat und Europäischer Union. Die Souveränität des Nationalstaats ist es, die Europaskeпти-

ker, Austrittsbefürworter und Nationalpopulisten unbedingt verteidigen wollen. Dahinter steht eine auch keineswegs falsche Erfahrung. Die Souveränität des Nationalstaats ist gegenwärtig gefährdet. Im Zentrum des Diskurses über die Zukunft Europas geht es um die Frage: Ist politische Souveränität nur mit Europa oder nur gegen Europa zu retten?

Die Souveränitätsfrage im Zentrum

Die Idee der Souveränität gehört zu den altherwürdigen Erbgütern europäischen politischen Denkens. Souverän ist das Gemeinwesen, das nach außen handeln kann ohne an Regelungen gebunden zu sein, die es sich nicht selbst gibt. Nach innen ist das Gemeinwesen insofern souverän, als es seine Staatsform selbst festlegt.⁹ Souveränität ist folglich eine Form von Freiheit, näherhin von ungebundener Selbstbestimmung.

In der europäischen Geschichte ist der Nationalstaat Träger der Volkssouveränität geworden, da er die Selbstbestimmung eines Volkes vor allem nach außen in der Konkurrenz mit anderen Nationen behauptet, nach innen, sofern er als Ausdruck der Selbstbestimmung des Volkes gelten kann. Unter Globalisierungsbedingungen, so eine weithin geteilte Einsicht, wird es immer schwieriger, die einzelstaatliche Souveränität aufrecht zu erhalten. Nicht nur mächtige andere Staaten, sondern auch nichtstaatliche Akteure wie transnationale Wirtschaftsunternehmen, aber auch internationale Regime wie die Welthandelsordnung und anonyme Vorgänge wie Migrationsbewegungen lassen den Staaten nur noch geringe Handlungsspielräume. Die Integration in die Europäische Union kann dann ebenfalls als Souveränitätsverlust gedeutet werden. Wie lässt sich unter diesen Umständen Souveränität retten? Der Rückzug auf die nationale Souveränität ist für europäische Staaten mit ihrem bestenfalls mittleren politischen Gewicht letztlich nur um den Preis des Isolationismus zu haben, da sie realistischer Weise nicht erhoffen können, internationale Kooperationsregime auf Augenhöhe mitbestimmen zu können. Eine solche nationale Souveränität, wie sie gegenwärtig gegen die EU ins Feld geführt wird, ist eine zutiefst rückwärts-gewandte Vorstellung. Sie setzt nämlich einerseits eine Homogenität der Nation als Basis voraus, die kaum in einer Gesellschaft noch gegeben ist. Sie verschweigt zudem häufig die inneren Interessengegensätze oder überträgt diese auf die „Fremden“. Andererseits idealisiert sie ein nostalgisches Bild nationaler Souveränität im Außenverhältnis, das auch in der Vergangenheit höchst fragil und stets konfliktrichtig gewesen ist.

Dennoch ist die Idee der Souveränität als demokratische Selbstbestimmung auch heute nicht gänzlich obsolet, ebenso wie es zutrifft, dass sie unter Globalisierungsbedingungen neu gedacht werden muss. Wie ist demokra-

tisch verantwortete Politik heute erfolgreich möglich, wenn eine hohe Notwendigkeit zur Kooperation zwischen den europäischen Staaten besteht? Die Einsicht scheint unausweichlich, dass erfolgreiche Politik heute nur als gemeinsames Handeln mit anderen Staaten realistisch ist – transnationale Kooperation ist unumgänglich. Das wird selbst am Brexit deutlich. Die Austrittsverhandlungen, die Großbritannien und die EU momentan führen, gehen ja im Kern nicht nur um das Lösen einer Verbindung, sondern auch um das Knüpfen neuer Kooperationsbeziehungen. Der Austritt aus der EU eröffnet für Großbritannien nur ein neues Kapitel der Beziehungen zur EU, und es ist noch keineswegs ausgemacht, dass diese für die Briten günstiger oder auch nur weniger aufwendig sein werden.

Andererseits ist die Notwendigkeit zur transnationalen Kooperation eine Konsequenz aus der Globalisierung und dem Verschieben der globalen Machtgravitationszentren weg von Europa. Die europäischen Staaten haben heute schlichtweg weniger politisches Gewicht als noch vor 20 Jahren. Souveränität als Sichern der Möglichkeit, sich selbst als politisches Gemeinwesen selbst zu bestimmen, kann daher heute eigentlich nur Europäisierung bedeuten, nämlich eine politische Einheit zu schaffen, die mit mehr Gewicht und mehr Gestaltungsoptionen die berechtigten Interessen ihrer Bürger im globalen Kontext verfolgen kann. Angesichts der enormen Herausforderungen, die mit dem Klimawandel, den veränderten Gewichten in der Sicherheitspolitik, dem ökonomischen Wettbewerb sowie dem globalen Entwicklungsungleichgewicht verbunden sind, die ihrerseits Migration und neuartige Konflikte verursachen, kann kein europäischer Staat realistischer Weise seinen Bürgern zusichern, ihr Wohl im Alleingang zu garantieren. Die Europäer können ihre politische Handlungsfähigkeit nur gemeinsam sichern, indem sie sie kooperativ bündeln und sich zu einer konsistenten politischen Handlungsgemeinschaft zusammenschließen. Die europäische Integration bedeutet gerade keinen Verlust an Souveränität, die ja bereits fragil ist, sondern ihre Sicherung bzw. Wiedergewinnung. Daher kann es eigentlich nur um ein Mehr an Europa gehen. Der Diskurs muss jedoch intensiver über das Wie und Wozu gehen einschließlich der Ziele und Werte, die Europäerinnen und Europäern wichtig sind; er muss außerdem über die institutionellen Modi der europäischen Souveränität gehen, weil selbstverständlich nicht jede Form der Europäisierung zielführend im Sinne der Sicherung europäischer demokratischer Selbstbestimmung sein wird. Es wird auch darauf ankommen, die regionale, die nationale und die europäische Ebene nicht gegeneinander auszuspielen, sondern im Sinne einer sachgerechten, demokratisch legitimierbaren und verständlichen Subsidiarität die Politikebenen zuzuordnen, um einen europäischen Zentralismus zu vermeiden. Subsidiarität funktioniert jedoch nicht ohne ein von breiten Bevölke-

rungsschichten aktiv getragenes Demokratiebewusstsein. Die Verlagerung von politischen Entscheidungen von der zentralen auf regionale oder lokale Ebenen muss ja ihrerseits vom Bürgerinteresse und der Bürgerbeteiligung mitgetragen werden. Sonst eröffnet sie nur neue Einflussmöglichkeiten für spezielle Interessengruppen oder versandet in regionalen und lokalen Machtgeflechten. Dem kann durch eine transparente Gestaltung der Institutionen und Verfahren entgegengewirkt werden, erfordert aber auch eine aktive, kritische und dem Gemeinwohl verpflichtete Bürgergesellschaft, die sich in einer europäischen Perspektive als demokratisch verantwortlich versteht.

Solidarität europäisch erneuern

Souveränität als Selbstbestimmung europäisch neu zu denken macht es notwendig, auch Solidarität in einem europäischen Rahmen neu wahrzunehmen. Wieder kann es nicht darum gehen, ein einzelstaatliches Solidaritätsverständnis, das am Staatsvolk orientiert ist, einfach auf die europäische Ebene zu übertragen. Zunächst ist anzuerkennen, dass der Solidaritätsgedanke auf vielen Ebenen in der Krise ist und auch gerade in bestehenden Gesellschaften in Frage gestellt wird. Schließlich erleben wir gegenwärtig nicht nur ein Wiedererstarken des nationalen Denkens, sondern zugleich auch seine Krise. Die nationale Einheit wird in etlichen europäischen Staaten wie Spanien und Großbritannien in Frage gestellt und regionale Autonomieforderungen führen sogar zu Sezessionswünschen. Ihnen geht eine massive Entsolidarisierung voraus: Wer früher als Mitbürger anerkannt wurde, gilt nun als „Fremder“.

Den Rufern nach Abgrenzung von Anderen, mehr Autonomie oder sogar politischer Unabhängigkeit muss aber klar sein, dass die politische Maxime „Wir zuerst“ nicht nur mit Autonomiegewinnen belohnt, sondern u.U. auch mit Autonomieverlusten bezahlt werden wird. Denn das Beharren auf Eigeninteressen führt auch auf der anderen Seite häufig zu einer geringeren Kooperationsbereitschaft und damit zu höheren Kooperationskosten – immer unter der Voraussetzung, dass politische Gebilde in der heutigen Welt auf die Kooperation mit anderen angewiesen sind.

Insofern scheint es aussichtsreicher, Solidarität nicht als eine einfache, sondern als eine mehrschichtige Relation zu verstehen. Die Neubewertung des nur rudimentär verwirklichten Gedankens des „Europas der Regionen“ könnte dafür einen geeigneten Rahmen abgeben, in dem die Regionen als eigenständige Verantwortungsräume institutionalisiert werden. So könnten Solidaritäten subsidiär gestuft werden, wären aber nicht auf einen engen Rahmen begrenzt. Insgesamt muss es darum gehen, dass die politisch so

wertvolle Idee der Solidarität – des verantwortlichen Füreinandereinstehens – nicht zu einem bornierten Grundsatz der partikularen Selbstbehauptung degeneriert. Der Diskurs über europäische Solidarität kann daher nicht nur auf innereuropäische Solidaritäten fokussiert werden, sondern muss auch die globale Solidarität, also die kosmopolitische Verantwortung der Europäer miteinbeziehen. Das mag angesichts des Globalisierungsdrucks, den viele Bürgerinnen und Bürger verspüren, nicht einfach sein, aber es sollte möglich sein, ein neues Narrativ zu entwickeln, in dem innereuropäische und globale Solidaritäten auf einander bezogen sind.

Dies ist umso wichtiger, als die Idee der Solidarität gegenwärtig ganz grundsätzlich unter Druck steht. Die von europäischen Populisten propagierte „nationale Solidarität“ geht häufig ja gerade mit der Entsolidarisierung nicht nur gegenüber den anderen Europäern, sondern vor allem gegenüber unerwünschten Mitbürgern einher. Rückenwind erhält diese Solidaritätsverachtung von internationalen Wortführern wie Trump, Putin und Erdogan, die vormachen, wie man mit dreister Manipulation und unverhohlener Verachtung für demokratische und zivile Grundsätze erfolgreich Politik machen kann. Ihre Politik der nationalen Selbstbehauptung treibt die innergesellschaftliche Spaltung voran, da eine willkürliche Interessenpolitik, die Diffamierung der politischen Gegner und die Unterhöhlung rechtsstaatlicher und demokratischer Grundsätze zu ihrem zentralen Profil gehört, mit dem sie zudem bei ihrer Anhängerschaft massiv punkten können. Mit dem Grundsatz der Solidarität steht daher gegenwärtig viel mehr auf dem Spiel als ein etwas antiquiertes Ideal. Er steht vielmehr paradigmatisch für einen europäischen Politikstil, für den die Orientierung an Rechtsstaatlichkeit, Fairness im politischen Diskurs, Option für den sozialen Ausgleich und Friedensorientierung ausschlaggebend sind.¹⁰ Das zivile europäische Politikmodell, das lange Zeit so große Attraktion ausgeübt hat, ist nicht mehr unangefochten. Die verantwortlichen Teilnehmer am öffentlichen Diskurs – zu denen sich Christinnen und Christen rechnen sollten – stehen vor der Aufgabe, im Diskurs über die Zukunft Europas nicht nur die weitere Entwicklung der EU zu erörtern, sondern auch das europäische politische Modell entschieden zu verteidigen.

Die doppelte Verantwortung der Christinnen und Christen

Die europäische Integration als Weg des Friedens, des Rechts und des sozial gerechten Wohlstands verdankt sich auch dem christlichen Engagement für eine Neuordnung Europas nach dem 2. Weltkrieg. Später hatte der Einsatz von Johannes Paul II. für ein vereintes Europa, das die Spaltung zwischen Ost und West überwindet, bedeutenden Einfluss auf die europäische

Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten. Im christlichen politischen Denken nach dem 2. Vatikanum spielte es eine große Rolle, nationales Denken zu relativieren und Gerechtigkeit und Gemeinwohl weiter, letztlich global zu verstehen. So haben das christliche Denken und das Engagement von Christinnen und Christen zur europäischen Einigung etwa die Relativierung der nationalen Grenzziehungen, die Orientierung an Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich und nicht zuletzt den Grundsatz der Subsidiarität als europäisches Gestaltungsprinzip beigesteuert. Ein solches Engagement ist auch heute wieder gefragt.

Zwar muss betont werden, dass die konkrete Gestalt des künftigen Europa keine christliche, sondern eine politische Frage ist, an deren Diskussion die Christinnen und Christen in ihrer Bürgerrolle mitwirken. Ein Dissens unter Christen ist in diesen Fragen durchaus legitim, da sie in den Bereich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung fallen.¹¹ Anders verhält es sich mit den Werten und Grundsätzen, die für den politischen Diskurs erforderlich sind. Diffamierung und Verächtlichmachen, Hetzkampagnen, Verdrehen von Tatsachen und fake news sind unvereinbar mit dem demokratischen Diskurs, für den echte demokratische Tugenden wie die gleichberechtigte Anerkennung der anderen – auch wenn man ihren Ansichten nicht zustimmen kann –, der wechselseitige Respekt und die grundsätzliche Bereitschaft, zu gemeinsam tragfähigen Lösungen zu kommen, unabdingbar sind. Bei ihnen handelt es sich zugleich auch um christliche Werte, da das gleichberechtigte Subjektsein im christlichen Glauben in der unverlierbaren Würde jedes Menschen als Ansprechpartner Gottes begründet ist. Es ist Teil der Glaubensverantwortung, die Würde der anderen auch im politischen Diskurs zu respektieren und sie auch angesichts der Diskursverrohung durch andere in Schutz zu nehmen.

Es ist eine Tatsache, dass die fundamentalen Gegensätze in der Wahrnehmung der europäischen Lage ebenso wie hinsichtlich der politischen Zukunft Europas auch innerhalb der Kirchen bestehen. Nicht nur die Gläubigen, auch die kirchlichen Amtsträger sind gegenwärtig – viel mehr als in der Vergangenheit – im Hinblick auf Europa gespalten. Die Relativierung des Nationalen konnte offenbar nicht überall überzeugen und christliche und nationale Identitäten sind auch in Europa vielfach miteinander verschränkt. Auch Christen lassen sich von Populisten mobilisieren. Teilweise werden sie auch von wenigen extremen, aber sehr aktiven Stimmen unter Druck gesetzt, die sich publizistisch oder im Internet artikulieren. Selbst die früher europapolitisch so aktive Vertretung der europäischen Bischofskonferenzen bei der EU, die *Commissio Episcopatum Communitatis Euro-*

pensis (COMECE), scheint davon betroffen zu sein und tritt kaum mehr als Impulsgeber im europapolitischen Diskurs in Erscheinung.

Christen und Christinnen kommen in dieser Situation nicht umhin, deutlicher Verantwortung für den europapolitischen demokratischen Diskurs zu übernehmen und dafür Sorge zu tragen, dass er konstruktiv weitergeführt wird und nicht zu einem Zerrbild verkommt. Ihre Aufgabe ist dabei insofern doppelt, als sie dies sowohl in den öffentlichen Diskursen als auch in den kirchlichen Diskursen vorleben und einfordern müssen. Der Diskurs über die Zukunft Europas findet in vielen Arenen statt und in ihm stehen die zivilisatorischen Errungenschaften vieler Generationen auf dem Spiel. Dieser Zukunftsdiskurs kann auf den Einsatz von Christinnen und Christen nicht verzichten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Eurobarometer 2017 vom 5. Mai 2017 (<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20170502STO73030/die-eu-burger-und-ihre-erwartungen>; zuletzt abgerufen am 31.10.2017). Insgesamt sind viele Bürger der Ansicht, dass sich Europa in die falsche Richtung entwickelt; interessanterweise gewinnt ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten an Zustimmung.
- 2 Vgl. etwa die Diskussion zwischen Dieter Grimm (Braucht Europa eine Verfassung? München, Carl Friedrich von Siemens Stiftung 1995), der die skeptische Position vertrat, und Jürgen Habermas (Braucht Europa eine Verfassung?, in: ders., Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt/Main 1999, 185-191), der die integrative Wirkung der Verfassungsgebung auch für die europäische Öffentlichkeit dagegen hielt; vgl. außerdem Hans-Jörg Trenz, Europäische Öffentlichkeit und die verspätete Politisierung der EU, in: Internationale Politik und Gesellschaft (2006) Heft 1, 117-133, online: http://www.fes.de/ipg/IPG1_2006/TRENZ.PDF, zuletzt abgerufen 31.10.2017.
- 3 Vgl. Thomas Risse (Hg.), European public spheres. Politics is back, Cambridge u.a. 2015; Ruud Koopmans, Paul Statham (Hg.), The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention, Cambridge u.a. 2010.
- 4 Vgl. Christian Moos, Geburtsstunde einer europäischen Öffentlichkeit, in: EUD konkret (2012) Heft 2 (online unter: http://www.europa-union.de/fileadmin/files_eud/PDF-Dateien_EUD/EUD_konkret/EUD-konkret_2-2012_Geburtsstunde_einer_Europ%C3%A4ischen_%C3%96ffentlichkeit.pdf, zuletzt abgerufen 31.10.2017).
- 5 Europäische Kommission, Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien, COM (2017) 2025, Brüssel 1. März 2017; online unter: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf (zuletzt abgerufen 31.10.2017).
- 6 Vgl. ebd., 12.

-
- 7 Vgl. ebd., 25, wo als ein negativer Effekt des fünften Szenarios „Viel mehr gemeinsames Handeln“ die Intransparenz der EU-Institutionen und die hohen Hürden für Bürgerpartizipation projiziert werden.
 - 8 Vgl. Initiative pour l'Europe – Discours d'Emmanuel Macron pour une Europe souveraine, unie, démocratique, 26. September 2017, Paris- Sorbonne. Online unter : <http://www.elysee.fr/declarations/article/initiative-pour-l-europe-discours-d-emmanuel-macron-pour-une-europe-souveraine-unie-democratique/> (zuletzt abgerufen 31.10.2017).
 - 9 In diesem Abschnitt greife ich auf Überlegungen zurück, die ich andernorts ausführlicher dargelegt habe: Christof Mandry, Europa als populistisches Feindbild – oder: was spricht für die Legitimität der Europäischen Union?, in: Walter Lesch (Hg.), Christentum und Populismus – Klare Fronten? Freiburg i. Br. 2017, 72-85.
 - 10 Elke Mack spricht sogar von der „moralischen Identität“ Europas und sieht Europa und die westliche Welt an einem „historischen Scheidepunkt“, an dem es die „zivile Moral der kosmopolitischen Offenheit, Humanität, Toleranz und Solidarität“ zu bewähren gelte (Elke Mack, Besitzt Europa eine moralische Identität, die es integriert? Ein politischer Essay, in: Theologie der Gegenwart 60 (2017), 217-236, Zitat: 234).
 - 11 Vgl. 2. Vatikanum, Pastoralkonstitution Gaudium et spes, Nr. 43.

Der Verfasser

Christof Mandry, Dr. theol., ist Professor für Moralthologie/Sozialethik am Fachbereich Katholische Theologie der Goethe-Universität Frankfurt am Main.